

Matthias Keil

Die Konstruktion eines außenpolitischen Gegners

Das Chinabild im US-Präsidentenwahlkampf 2012

Zusammenfassung

Kaum eine strategische Frage wird von Wissenschaft, Presse und Politik in den USA so intensiv diskutiert wie die des „Aufstiegs“ Chinas und dessen Auswirkung auf die zukünftigen Beziehungen beider Staaten. Aus dem Blickwinkel poststrukturalistischer Diskurstheorien zeitigt eine solche Debatte, in der China oftmals als Bedrohung präsentiert wird, jedoch durchaus realpolitische Folgen: In diesen Diskursen wird die außenpolitische Bedeutung Chinas für die USA konstituiert und spezifische Maßnahmen werden damit erst ermöglicht.

Solche Narrative können die Außenpolitik einer Demokratie jedoch nur dann langfristig beeinflussen, wenn sie auch in der Bevölkerung verankert sind. Gerade ein Wahlkampf stellt einen derartigen Prozess der Identitäts- und Wissensproduktion dar. Mithilfe des Verfahrens der *Grounded Theory* wurden deshalb die von Barack Obama und Mitt Romney erzeugten „Chinabilder“ im US-Präsidentenwahlkampf 2012 rekonstruiert. China wurde dabei von beiden Kandidaten systematisch als eine bedrohliche Herausforderung und ein Gegner der USA dargestellt. Dieses Ergebnis verdeutlicht die Relevanz der Frage nach der Funktionsweise von Deutungsmustern in der internationalen Politik und unterstreicht zugleich deren Bedeutsamkeit für die Analyse der chinesisch-amerikanischen Beziehungen.

Inhalt

1. Einleitung	84
2. Diskurs und internationale Politik: Von der Konstitution außenpolitischer Realität zur Ermöglichung von Außenpolitik	87
3. Forschungslogik und methodisches Vorgehen	90
a) Rekonstruktive Forschungslogik und Grounded Theory	90
b) Datenkorpus	91
4. Rekonstruktion des Chinabildes im US-Präsidentschaftswahlkampf 2012	92
a) Der Chinadiskurs von Barack Obama	92
(1) China als wirtschaftlicher Konkurrent der USA	92
(2) China als unfairer Gegenspieler zu den USA	93
(3) China als diplomatische Herausforderung für die USA	95
b) Der Chinadiskurs von Mitt Romney	96
(1) „Rising China“ als Herausforderung für die Sicherheit und Vormachtstellung der USA	97
(2) China als rücksichtsloser Regelbrecher	99
c) Die Chinabilder von Obama und Romney im Vergleich	101
5. Schlussbetrachtung	102

1. Einleitung*

Whither China? Diese und keine andere wird von einigen US-Politikexperten als die *folgenreichste* aller weltpolitischen Fragen bezeichnet (z. B. Shambaugh 2011: 1). Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht dabei vor allem, welche Konsequenzen der „Aufstieg“ der Volksrepublik (VR) für die Vormachtstellung der USA und die zukünftigen Beziehungen der beiden Staaten haben wird. Nicht selten wird das Erstarken Chinas automatisch mit dem potenziellen Niedergang der USA verbunden, sodass ein Konflikt, wenn nicht immer für unausweichlich, so zumindest doch für nicht unwahrscheinlich gehalten wird.

Zwar werden in dieser Debatte mit dem Verweis auf die großen sozioökonomischen Probleme in China (Al-Rodhan 2007: 62), den noch immer enormen militärischen Machtunterschied zwischen der VR und den USA (Nye 2006: 75), das Wissen der chinesischen Regierung um die eigene „continued weakness“ (Brzezinski 2005: 47) und die Möglichkeit, China in das noch vom Westen dominierte interna-

* Für wertvolle Ratschläge geht Dank an Dr. Axel Heck sowie an die zwei anonymen GutachterInnen der ZPol.

tionale System einzubinden (Ikenberry 2008: 24), durchaus auch Argumente angeführt, die gegen einen imminenten Konflikt sprechen. Jedoch erfahren gerade diejenigen Veröffentlichungen eine starke Resonanz, die aufgrund von Titeln wie *The Coming Conflict with America* (Bernstein/Munro 1997) oder *Why China's Rise Will Not Be Peaceful* (Mearsheimer 2004) unter der Bezeichnung der *China Threat Theory* firmieren: China, so die These, „cannot rise peacefully, and if it continues its dramatic economic growth [...], the United States and China are likely to engage in an intense security competition with considerable potential for war“ (Mearsheimer 2005: 47). Vor dem Hintergrund meist neorealistischer Theorieannahmen wird eine düstere, determinierte Zukunft gezeichnet: „The suggestion that the United States and China are destined to compete vigorously with one another, if not necessarily to clash, no longer seems far-fetched“ (Friedberg 2011: xiv). Als „evidente“ Belege für die These eines zukünftigen Konflikts wird nicht nur auf materielle Faktoren wie Bevölkerungsreichtum, steigende Wirtschaftskraft und Rüstungsanstrengungen, sondern auch auf Chinas hegemoniale *Absichten* verwiesen. „China *naturally* aspires to take leadership of the regional order from the old master and to revise it to China's liking“ (Roy 2013: 5, Hervorhebung nicht im Original), lautet die aus Geschichtsanalogien abgeleitete These. Angesichts dieser „offensichtlichen“ Rivalität sollten die USA sich daher darauf einstellen, dass China jede sich bietende Möglichkeit ergreifen werde, die USA zu verdrängen (Ross 2005: 87; Mearsheimer 2001: 402).

Solche Diagnosen lassen eine konfrontative Politik zur Eindämmung Chinas als möglich, ja erforderlich erscheinen. Während jedoch davor gewarnt wird, dass entsprechende Maßnahmen eine *self-fulfilling prophecy* kreieren könnten (Nye 1995: 94), ist das Problem aus der Perspektive poststrukturalistischer Diskurstheorien wesentlich grundlegender: Allein das Vorliegen bzw. die Dominanz solcher Diskurse ist zu problematisieren. Denn bei der Beschreibung einer Bedrohung durch China handelt es sich dieser Perspektive zufolge nicht um die neutrale Analyse einer „objektiven“ Realität, sondern um eine „normative, meaning-giving practice that [...] legitimates power politics in U.S.-China relations and helps transform the 'China threat' into social reality“ (Pan 2004: 306).

Außenpolitische Diskurse über China zeitigen also insofern performative Effekte, als sie dominante Repräsentationen als natürlich konstruieren (DeBrix 2002: 217). Damit erschaffen sie „Wissen“ über China, machen folglich bestimmte Aussagen anschlussfähig und stecken Möglichkeitsräume für zukünftiges Handeln ab (Baumann 2006: 82; Nonhoff 2011: 97). Eine Analyse diskursiver Praktiken ist daher von Belang, weil sie sowohl aufzeigen kann, wie eine für objektiv gehaltene Realität produziert und stabilisiert wird, als auch wie diese dominierenden Interpretationen

der Welt spezifische Handlungen überhaupt erst *ermöglichen* (Doty 1993: 303) und an sich kontingente Maßnahmen als „reasonable, logical and ultimately imperative or even inevitable“ (Holland 2013: 51) erscheinen lassen. Die meisten solcher Analysen konzentrieren sich bisher jedoch auf eine Rekonstruktion der diskursiven Ermöglichung von *bereits ergriffenen* Maßnahmen, zum Beispiel im Rahmen des *War On Terror* (Holland 2010). Wenn aber davon ausgegangen wird, dass diskursive Praktiken internationale Politik beeinflussen können, erscheint jedoch gerade deren Analyse für sich vollziehende Entwicklungen konsequent.

Obwohl den chinesisch-amerikanischen Beziehungen eine immense Bedeutsamkeit für die weltpolitischen Entwicklungen attestiert wird (Friedberg 2005: 8), gegenseitige negative Perzeptionen daher als beunruhigend angesehen werden (Shambaugh 2003: 235; Hays Gries 2007: 47), gibt es bisher nur wenige Untersuchungen der US-Diskurse über China. Diese konzentrieren sich zudem überwiegend auf die sogenannte *China threat*-Literatur (z. B. Pan 2004). An vertiefenden Analysen des von führenden US-PolitikerInnen transportierten und damit in der US-Bevölkerung noch einflussreicheren Chinabildes mangelt es jedoch.

An dieser Stelle setzt der vorliegende Artikel an, indem der Diskurs über China in dem im In- und Ausland aufmerksam verfolgten US-Präsidentschaftswahlkampf 2012 rekonstruiert wird. Im Zentrum steht dabei die Frage, wie die beiden Kandidaten Barack Obama und Mitt Romney spezifische Chinabilder sowie Narrative über die chinesisch-amerikanischen Beziehungen (re)produziert haben und dadurch Möglichkeitsräume (außen)politischen Handelns vorstrukturieren.

Entgegen etwaiger Annahmen, dass das Gesagte im Wahlkampf bloß *cheap talk* sei und eine Diskrepanz zwischen Rhetorik und tatsächlichem Handeln bestehen könnte, ist also gerade eine Untersuchung des Wahlkampfs lohnenswert, da dieser als besonders öffentlichkeitswirksamer Ausschnitt des Gesamtdiskurses über China gelten kann. Wahlkämpfe erfüllen unter anderem eine wichtige *symbolische* Funktion (Edelman 1976; Sarcinelli 1987). Sie dienen als Rituale, als Orte der Inszenierung des „demokratischen Mythos“ (Dörner/Vogt 2002: 18), also genau der integrativ wirkenden Groß Erzählung, der zufolge alle Bürger an der politischen Herrschaftsausübung mitwirken. Damit machen Wahlkämpfe Demokratie erfahrbar und sind zugleich potenzielle Arenen, in denen Grundsatzfragen immer wieder aufs Neue ausgehandelt werden. In ihnen kann es daher zu einer Bekräftigung bestehender Deutungsmuster ebenso wie zu diskursiven Verschiebungen kommen. Solche Basisdiskurse „do not define one particular policy, but structure the policy space within which concrete decisions are being made“ (Hansen 2006: 189). Der im Wahlkampf dominierende Diskurs determiniert also zwar keine konkreten Maßnahmen, kann aber gewisse Tendenzen aufzeigen, indem beispielsweise Bedro-

hungsszenarien aufgebaut oder bestimmte Handlungsmöglichkeiten als (nicht) erstrebenswert identifiziert werden.

Politiker können nicht einfach *irgendeine* Außenpolitik durchführen (Holland 2010: 644). Bevor gewisse außenpolitische Maßnahmen in einer Demokratie ergriffen werden können, müssen entsprechende, diese Handlungen rationalisierende „Bedeutungszuschreibungen und Sinn-Ordnungen“ (Keller 2011: 8) bereits existieren. Gerade im Wahlkampf richten sich die Kandidierenden in besonderer Weise an die Bevölkerung und werben für ihre zukünftige Politik. Dieser kann somit als ein außerordentlich intensiver Prozess der Identitäts- und Wissensproduktion angesehen werden, denn einerseits leisten die Kandidierenden Überzeugungsarbeit für ihre Politikvorschläge, andererseits werben sie um Wählergunst, indem sie versuchen, auf die für vorherrschend gehaltene Stimmung in der Bevölkerung einzugehen, um sich möglichst viele Stimmen zu sichern. Reden mit außenpolitischem Bezug erfüllen im Wahlkampf daher immer auch eine innenpolitische Funktion.

Der Beitrag geht folgendermaßen vor: In einem ersten Schritt werden mit dem Verweis auf die diskursive Produktion außenpolitischer Realität und die daraus resultierende Ermöglichung spezifischer Maßnahmen zwei zentrale Annahmen post-strukturalistischer Theorien der Internationalen Beziehungen herausgearbeitet und auf die Problematik bezogen. Anschließend erfolgt die Vorstellung der des Artikels zugrunde liegenden rekonstruktiven Forschungslogik und des verwendeten Verfahrens der *Grounded Theory*. Danach wird der jeweilige Chinadiskurs von Barack Obama und Mitt Romney präsentiert und dabei verdeutlicht, wie sich diskursive Repräsentationen zu einem bestimmten „Chinabild“ verdichteten. Es folgt ein Fazit, das die Untersuchung von Diskursen als gewinnbringende Ergänzung für die Analyse der chinesisch-amerikanischen Beziehungen begreift.

2. Diskurs und internationale Politik: Von der Konstitution außenpolitischer Realität zur Ermöglichung von Außenpolitik

Seit ihrem Aufkommen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre haben sich post-strukturalistisch inspirierte Formen der Diskursanalyse in der Disziplin der Internationalen Beziehungen zunehmend etabliert (Hansen 1997: 371).¹ Diese lassen sich den post-positivistischen Ansätzen in der Politikwissenschaft zuordnen. Ihre

1 Als prominente Beispiele gelten unter anderem Ashley (1984), Der Derian/Shapiro (1989), Campbell (1992) und Doty (1993).

zentrale Annahme ist, dass die Bedeutung sozialer Phänomene nicht objektiv gegeben ist, sondern vielmehr durch Diskurse konstituiert wird.²

US-amerikanische Diskurse über China entfalten einem solchen Zugang nach eine praktische Relevanz für die US-Außenpolitik. Dieser Zugriff kann einer konventionell positivistischen Form der Außenpolitikanalyse gegenübergestellt werden. Während Letztere versucht, zu erklären, *warum* eine spezifische Entscheidung getroffen wurde (Doty 1993: 298) und damit gleichzeitig bestimmte Identitäten, Interessen und Beziehungen als gegeben voraussetzt (Holland 2013: 51), konzentrieren sich post-positivistische Ansätze darauf, zu verstehen, *wie* bestimmte Politiken diskursiv überhaupt erst ermöglicht wurden.

Eine derartige diskursive Hervorbringung von Wirklichkeit lässt sich unter Rückgriff auf den Diskursbegriff von Michel Foucault veranschaulichen. Vier Aspekte sind dabei für die Analyse zentral.³

Erstens handelt es sich seinem Verständnis zufolge bei Diskursen um produktive, gegenstandskonstituierende Praktiken (Foucault 1997: 74). Dieses impliziert zweitens, dass die Totalität sozialer Wirklichkeit, somit auch alles für „normal“ oder „natürlich“ Gehaltene, konstruiert und mithin fundamental kontingent ist. Aus der Feststellung, dass sich nur bestimmte, niemals neutrale Bedeutungseinschreibungen der Welt in und mit Diskursen durchsetzen, andere hingegen exkludiert werden, folgt drittens die Betrachtung von Macht und Wissen als sich gegenseitig bedingend und verstärkend (Foucault 1981: 39; 1980: 131). Schließlich kommt Diskursen viertens eine strukturierende Funktion zu. In ihnen wird festgelegt, welche Aussagen in einer Gesellschaft anschlussfähig, welche Handlungen folglich als möglich oder unmöglich angesehen werden.

Auf die Disziplin der Internationalen Beziehungen übertragen, münden diese Überlegungen in einer veränderten Betrachtungsweise internationaler Politik und rücken außenpolitische Diskurse ins Zentrum des Forschungsinteresses. So haben poststrukturalistische Ansätze unter anderem unter Rückgriff auf Foucault fundamentale Postulate positivistischer IB-Theorien vor allem neorealistischer Ausprägung infrage gestellt. Herkömmliche Ansätze, so die Kritik, blieben in ihrer Analyse

- 2 Ihre Annahmen sind also auch *konstruktivistisch*, unterscheiden sich jedoch in ihrer Konzeptualisierung performativer Diskurse von klassisch sozialkonstruktivistischen Ansätzen (wie z. B. Wendt 1992), die Sprache vorwiegend als prägend für die das Verhalten von Akteuren beeinflussenden Ideen und Normen ansehen.
- 3 Diese Grundannahme der diskursiven Verfasstheit jeglicher Realität wird auch von anderen poststrukturalistischen Diskursansätzen, wie zum Beispiel dem von Laclau/Mouffe (2000), geteilt. Letzteren geht es jedoch primär um die diskursive Bedeutungsfixierung von leeren Signifikanten (vgl. Nonhoff 2007: 13), also um die Etablierung einer Deutungshegemonie über umkämpfte Begriffe wie etwa „Freiheit“, „Demokratie“ oder „Gerechtigkeit“.

einem „epistemic realism“ (Campbell 1992: 4) verhaftet, also dem Glauben, es gäbe zu betrachtende Objekte, die unabhängig von Ideen oder Überzeugungen über selbige existieren. Dagegen betonen Poststrukturalisten einer post-positivistische Epistemologie entsprechend (Hansen 2011: 168), dass die Welt nur durch Sprache und Repräsentationen zugänglich ist und jede Analyse internationaler Politik deswegen notwendigerweise immer eine performative Interpretation selbiger ist (George 1994: 30). Die zentrale Prämisse, dass nichts außerhalb des Diskurses liegt (Campbell 1993: 8), ist daher so zu verstehen, dass, obgleich eine materielle Welt sehr wohl existiert, sie ihre Bedeutung jedoch einzig und allein durch Sprache und somit im Diskurs erhält. Im Lichte dieser Perspektive sollen unhinterfragte, für natürlich gehaltene Annahmen durch die Analyse von Diskursen problematisiert (George 1994: 192) und die „manifest political consequences of adopting one mode of representation over another“ (Campbell 1993: 8) herausgearbeitet werden.

Die Betonung der bedeutungs- und somit realitätskonstituierenden Funktion von Diskursen stellt – obgleich großer Diversität poststrukturalistischer IB-Theorien (Hansen 2006: xviii) – einen einigenden Faktor dieser Ansätze dar (Stritzel 2012: 550). Daher kann die folgende Diskursdefinition von Campbell durchaus als paradigmatisch gelten: „Discourse refers to a specific series of representations and practices through which meanings are produced, identities constituted, social relations established, and political and ethical outcomes made more or less possible“ (2007: 216).

Es lassen sich demnach zwei zentrale Effekte von außenpolitischen Diskursen festhalten. *Erstens* wird durch Diskurse außenpolitische Realität erst produziert. Unter diesem Blickwinkel wurden so etwa Sicherheit (Waever/Buzan/De Wilde 1998) oder die nationale Identität der USA (Campbell 1992) nicht als prä-etablierte, sondern diskursiv konstituierte Größen analysiert. Übertragen auf die Forschungsfrage bedeutet dies, dass auch die artikulierten Darstellungen von China eine konstitutive Wirkung entfalten. So erhält China seine außenpolitische Bedeutung für die USA erst durch Zuschreibung im Diskurs. Dass China als ein wirtschaftlich aufstrebendes Land existiert, ist unzweifelhaft. Ob es aber als Bedrohung, Chance oder neutraler Akteur wahrgenommen wird, hängt von der diskursiv erzeugten und reifizierten gesellschaftlichen Wissensordnung ab. So könnten beispielsweise selbst die beträchtlichen US-Dollarreserven Chinas nicht nur als Ausdruck einer bedrohlichen Abhängigkeit der USA von China, sondern auch als Zeichen einer stabilisierend wirkenden Interdependenz bewertet werden.

Zweitens ermöglichen Diskurse erst spezifisches außenpolitisches Handeln. Damit gewisse Maßnahmen für durchführbar gehalten werden, müssen entsprechende gesellschaftliche Hintergrundannahmen bereits existieren (Doty 1993: 298). Durch

den diskursiven Ausschluss abweichender Interpretationen erscheinen bestimmte Repräsentationen der Wirklichkeit als „natürlich“ und daher nicht-kontingent. Daraus folgt, dass nur bestimmte Politiken als möglich angesehen, andere hingegen verworfen werden (Dalby 1990: 4). Wenn sie zudem Resonanz und Dominanz erlangen (Holland 2013: 52), strukturieren außenpolitische Diskurse daher zukünftige Handlungsoptionen vor (Waever 2001: 27), da nur bestimmte Aktionen eine „Sinnhaftigkeit“ und Anschlussfähigkeit aufweisen. Eine Analyse dominanter Diskurse kann daher aufdecken, wie diese gewisse politische Handlungen ermöglichen, ohne dabei jedoch deterministisch zu wirken (Epstein 2010: 343; Hansen 2006: 188). Ob China als feindlicher, verbündeter oder neutraler Staat konstruiert wird, wirkt sich auf die Wahl zukünftiger Politiken aus. Denn eine der herrschenden Interpretation zuwiderlaufende Politik, zum Beispiel eine konziliante Politik bei gleichzeitiger Ontologisierung Chinas als Feind der USA oder eine aggressive Politik gegenüber China als Partner, wird ohne diskursive Vorbereitung zumindest nur schwer durchsetzbar sein. Eine solche Vorstrukturierung kann sich jedoch nicht nur auf die Wahl konkreter Maßnahmen, sondern ebenfalls auf die Formulierung außenpolitischer Doktrinen auswirken (Sjöstedt 2007). Diskurse können also auch auf einer abstrakteren Ebene die langfristige US-Strategie gegenüber China beeinflussen.

Diesem theoretischen Verständnis zufolge lassen sich die in den Reden von Barack Obama und Mitt Romney getroffenen Aussagen über China also nicht auf innenpolitische Wahlkampfretorik reduzieren. Vielmehr zeitigen sie auch außenpolitische Implikationen: Sie tragen zur Konstitution der außenpolitischen Bedeutung Chinas für die USA bei und machen damit bestimmte zukünftige Aussagen über China sowie spezifische Maßnahmen anschlussfähig.

3. Forschungslogik und methodisches Vorgehen

a) Rekonstruktive Forschungslogik und Grounded Theory

Die Analyse der Diskurse beider Kandidaten erfolgt gemäß einer rekonstruktiven Forschungslogik (ausführlich Herborth 2010). Der Fokus einer solchen Forschungslogik, die Untersuchungsgegenstand, Theoriebildung und Methode nicht trennt, liegt auf der Generierung neuer Erklärungsansätze. So können und sollen neue Ideen und Argumente während des Forschungsprozesses zu einer Modifizierung von für bisher für plausibel gehaltenen Erklärungen führen. Eben weil die Diskursanalyse als Forschungsperspektive darauf abzielt, die in der Gesellschaft herrschenden Wissensordnungen möglichst umfassend zu rekonstruieren (Keller 2011: 78), ist der Rekurs auf eine solche Forschungslogik für die Untersuchung des Chinabildes im US-Wahlkampf konsequent.

Um die Fragestellung zu beantworten, wird sich des methodologischen Programms der *Grounded Theory* nach Corbin/Strauss (2008) bedient.⁴ Ziel ist dabei nicht der Test bestehender, sondern die Erzeugung neuer theoretischer Annahmen aus der Konfrontation mit dem empirischen Material. Planung, Datenerhebung, Analyse und Theoriebildung werden nicht als getrennte Arbeitsphasen aufgefasst, sondern sind Teil eines iterativen Prozesses (Mey/Mruck 2011: 23). Dabei beginnt die Analyse ohne vorab festgelegte Hypothesen oder Kategorien, vielmehr erfolgt die Herausarbeitung dieser erst durch den Kodierprozess. Die Plausibilität der Befunde gründet sich damit auf den *Prozess* der Forschung, denn jede Interpretation muss sich bis zuletzt in Konfrontation mit den analysierten Sequenzen bewähren, um sich konsistent in das bestehende Gesamtgefüge aller anderen Interpretationen einzugliedern (Roos 2010: 98). Für eine Diskursanalyse ist diese Vorgehensweise daher besonders geeignet, da nur durch die konsequente Verortung jeder Passage im Gesamtdiskurs eine Rekonstruktion des Selbigen überhaupt erst ermöglicht wird. Zudem kann die detaillierte Protokollierung der Vorgehensweise auch als eine Antwort auf die vielfach geübte Kritik an der mangelnden systematischen Operationalisierung bzw. häufig auftretender Intransparenz diskursanalytischer Studien (Sjöstedt 2007: 234; Milliken 1999: 226) angesehen werden.

b) Datenkorpus

Im Zentrum der Analyse stehen die Wahlkampfreden beider Kandidaten sowie die drei im TV übertragenen *presidential debates*.⁵ Der Fokus liegt auf Reden und Fernsehduellen, da diese akribisch vorbereitet und jegliche Äußerungen über China gezielt eingesetzt wurden. Untersucht wurden Reden ab dem 29.5.2012, dem Zeitpunkt, an dem Mitt Romney als *presumptive nominee* der *Republican Party* feststand, bis zur Wahl am 6.11.2012. Für die Auswahl des Anfangszeitpunkts spricht, dass die Reden dann nicht mehr primär als Profilierung gegenüber anderen Kandidierenden in der eigenen Partei fungieren, sondern sich direkt an die Wählerschaft und gegen den Kandidat der anderen Partei richten, der Wahlkampf somit als eröffnet gelten kann. Insgesamt wurden die drei TV Debatten und fünfzehn Reden von Obama sowie zehn Reden von Romney analysiert. Der numerische Unterschied erklärt sich damit, dass China in den Wahlkampfauftritten Obamas weniger thematisiert wurde als in denen Romneys, für beide jedoch eine vergleichbar ausführliche

4 Für eine beispielhafte *Grounded Theory*-Forschung vgl. Roos 2010, 2012.

5 Die Reden wurden den Datenbanken *American Presidency Project* und *PresidentialRhetoric.com* entnommen. Beide werden in politik- wie geschichtswissenschaftlichen Forschungsarbeiten benutzt (z. B. Warner 2011; de Vries 2012).

Rekonstruktion ermöglicht werden sollte. Im Zuge der Analyse und des Durchsehens aller weiteren Reden in beiden Datenbanken stellten sich zudem relativ schnell theoretische Sättigungen ein.

4. Rekonstruktion des Chinabildes im US-Präsidentenwahlkampf 2012

a) Der Chinadiskurs von Barack Obama

Das Chinabild von Obama kann am besten in drei, sich gegenseitig verstärkenden Kategorien gefasst werden: China als wirtschaftlicher Konkurrent, China als unfairer Gegenspieler und China als diplomatische Herausforderung für die USA.

(1) China als wirtschaftlicher Konkurrent der USA

Ein Deutungsmuster, das sich in Obamas Reden herauskristallisiert hat, ist das Bild von China als einer ökonomischen Herausforderung für die USA. Die VR wird als ein Land technologischen Fortschritts dargestellt, mit dem die USA notwendigerweise konkurrieren müssen. Dabei ist China nicht nur ein potenzieller Standort für hochspezialisierte Produktion (Obama 14.08.12), sondern tätigt vorausschauende Investitionen (16.10.12) und bildet zudem qualifizierte Arbeitskräfte wie Wissenschaftler und Ingenieure aus (28.08.12, 06.09.12). Besonders in der Entwicklung neuer Energietechnologien sieht Obama China als Konkurrenten (25.10.12). Die Beschreibung Chinas als ökonomische Herausforderung wird mobilisiert, um sowohl dafür zu werben, notwendige Investitionen in Bildung und Forschung in den USA zu tätigen, als auch um die Politikvorschläge Romneys zu diskreditieren. So finden sich immer wieder Formulierungen wie: „Cutting our education budget – that’s not a smart choice. That will not help us compete with China. Cutting our investments in research and technology – that’s not a smart choice. That will not help us compete with China“ (22.10.12).

China wird also systematisch als *der* wirtschaftliche Konkurrent der USA präsentiert, mit dem diese sich einen intensiven Wettstreit liefern müssen. Die Bezugnahme auf die Wettbewerbsfähigkeit der VR führt dazu, dass selbst traditionell innenpolitischen Politikfeldern wie Bildungs- und Forschungspolitik eine außenpolitische Dimension zugeschrieben wird und diese strategisch mit Blick auf China ausgerichtet werden müssen. Derartige Investitionen werden somit zudem als alternativlos dargestellt.

Die Konkurrenzsituation wird den WählerInnen durch die ständige Wiederholung von Sätzen wie „We don’t want China to win the race for clean energy technology“ (18.10.12) als ein Nullsummenspiel präsentiert. Gute Jobs und individuelle Chancen

können *per definitionem* nur in einem Land und sollen daher „not in China, but right here“ (02.11.12) geschaffen werden. Aussagen, die beiderseitige Gewinne durch die wirtschaftliche Verflechtung zwischen China und den USA und eine wachsende chinesische Wirtschaft betonen, werden dadurch marginalisiert. Intensiviert wird dieser Eindruck einer ökonomischen, irreduziblen Rivalität zudem durch die Feststellung, dass China direkt von Arbeitsplatzverlagerungen US-amerikanischer Unternehmen profitiert (z. B. 17.09.12). Verweise dieser Art werden zwar unter anderem angeführt, um Mitt Romneys Geschäftspraktiken zu brandmarken, jedoch erhält das Bild Chinas als Konkurrent eine beunruhigende Färbung: Wenn nichts unternommen wird, werden bestehende amerikanische Jobs nach China abwandern und zugleich die der Zukunft nicht in den USA, sondern in der VR geschaffen. Angesichts dieser unentrinnbaren Konkurrenzsituation im „Kampf“ um Arbeitsplätze (28.08.12) gibt sich Obama entschlossen: Die USA müssen dem konkurrenzfähigen China entgegentreten, „stand up to China“ (17.09.12) wird zu einer Notwendigkeit. Die Betonung dieser Konkurrenzsituation kann somit nicht nur zur Vorbereitung einer konfrontativen Politik gegenüber der VR dienen, sondern auch als Versuch angesehen werden, die US-Gesellschaft dazu zu mobilisieren, diesen ökonomischen Wettbewerb aufzunehmen.

(2) China als unfairer Gegenspieler zu den USA

Wird China allein schon aufgrund von strategischen Investitionen als der maßgebliche wirtschaftliche Konkurrent in einem kompetitiven internationalen System dargestellt, so erfährt diese Rivalität durch das eindeutig im Diskurs dominierende Deutungsmuster von China als unfairer Gegenspieler eine weitere Verstärkung.

Immer wieder wird betont, dass die Chinesen als Betrüger die Regeln nicht beachten (22.10.12) und sich „unfair trade practices that harm our workers“ (17.09.12) bedienen. China halte in Abgrenzung zu anderen Staaten noch nicht einmal nicht weiter spezifizierte „basic international standards“ (22.10.12) ein. Dieses Agieren Chinas führe zwangsweise zu ungleichen Wettbewerbsbedingungen (05.07.12). Die VR kann geradezu nur aufgrund dieser von ihr selbst geschaffenen ungleichen Bedingungen wettbewerbsfähig sein, denn „when the playing field is level, we always win“ (17.09.12). Der Bezug zu China wird also hergestellt, um eine Erklärung für innenpolitische Probleme wie Arbeitsplatzverluste zu geben.

Die unfairen Verhaltensweisen werden als vielfältig, illegal und vor allem intendiert dargestellt. Dem rechtschaffenen Amerika wird China als ein Paria gegenübergestellt, dem jedes Mittel recht ist, um sich einen Vorteil zu verschaffen – sei es „currency manipulation“ (16.10.12), „flooding our domestic market with cheap

tires“ (16.10.12) oder „illegal subsidies“ (17.09.12). Die rücksichtslosen Regelbrüche sind sogar von solch einer Intensität und Häufigkeit, dass außergewöhnliche Aktionen wie protektionistische Maßnahmen oder die Schaffung einer *task force*, die jeder unfairen Handelspraktik nachgehen soll (17.09.12), gerechtfertigt sind.

In den Reden Obamas wird zudem systematisch ein Nexus zwischen chinesischem Verhalten und Schaden für amerikanische Arbeiter konstruiert: Es besteht ein negativer Zusammenhang zwischen dem Handeln Chinas und der Wohlfahrt der USA (z. B 05.07.12). Um für Arbeitsplätze und die Sicherheit von Familien und Gemeinden zu sorgen, müssen die USA dieser Logik folgend gegen China vorgehen. Immer wieder wird die VR durch Aussagen wie China „is taking advantage of American workers“ (16.10.12) als ein Schädiger der Interessen der US-Bevölkerung dargestellt. Auto- und Stahlindustrie werden geschädigt und der US-Markt von einer „unfairen Flut“ chinesischer Billigprodukte überrollt (22.10.12). Intensiviert wird dieses Bild vom Angriff auf amerikanische ArbeiterInnen durch den Verweis auf die lokalen Auswirkungen in den USA. Denn ein Regelbruch Chinas wirkt sich nicht lediglich abstrakt auf die Handelsbilanz beider Länder aus, sondern „directly hurts men and women on the assembly lines in Ohio and Michigan and throughout the Midwest“ (17.09.12). Evoziert wird damit eine unmittelbare Betroffenheit sowie die Annahme, dem Problem Arbeitslosigkeit in einer sich im Niedergang befindenden Industrieregion, dem sogenannten *rust belt*, allein dadurch Abhilfe verschaffen zu können, indem man gegen China vorgeht.

Eben weil von China allein weder eine Verhaltensänderung noch eine Aufwertung der Währung erwartet werden kann, muss der Druck auf China erhöht werden (22.10.12). Da das aktuelle Verhalten Chinas die Interessen der USA direkt schädigen, haben diese einen absoluten Handlungsimperativ: „[Y]ou can’t just talk the talk, you’ve got to walk the walk. I wake up every single day thinking about America’s workers and making sure they’ve got a fair shot in this economy. When other countries don’t play by the rules, we walk the walk. [...] So where folks are breaking the rules, we go after them. We’re not going to let it stand. It’s not right. It’s against the rules. We’re not going to let it stand“ (17.09.12).

China kann und muss also in jedem Fall zur Rechenschaft gezogen werden. Ein solches Vorgehen der USA gegen China scheint damit auch legitim, weil es der Wiederherstellung der Herrschaft des Rechts dient. Verweise auf bisherige Handelsklagen sollen bestätigen, dass die USA sich stets im Recht, China sich im Unrecht befindet (16.10.12). Auch „tough trade actions“ (16.10.12) wie protektionistische Maßnahmen sind für Obama gerechtfertigt und erforderlich. Ebenso kann dem unfairen Verhalten und der Währungsmanipulation nur durch Aufbau von beispiellosem Druck entgegengewirkt werden (16.10.12).

Vor dem Hintergrund der Bezeichnung Chinas als unfairer Akteur wird auch die Charakterisierung der sino-amerikanischen Beziehungen verständlich: „China’s both an adversary but also a potential partner in the international community if it’s following the rules“ (22.10.12). China ist also ein Gegner, aber auch ein potentieller Partner, jedoch nur dann, wenn es sich an die Regeln hält. Dass die USA China ein regelkonformes Verhalten attestieren, ist damit eine *conditio sine qua non* für eine etwaige Partnerschaft zwischen beiden Ländern.

(3) China als diplomatische Herausforderung für die USA

Stellt China aufgrund seiner Wirtschaftskraft bereits eine Herausforderung dar und macht es sich selbst durch sein unfaires Verhalten gar zu einem Gegner, so wird es folglich zu einer diplomatischen Herausforderung für die USA. Die Betonung, dass man als US-Präsident „ready for diplomacy with Beijing“ (06.09.12) sein muss, kündigt bereits an, dass Verhandlungen mit China nicht leicht sind.

China ist ein regionaler Unsicherheitsfaktor, aufgrund der hohen US-Militärausgaben jedoch noch keine unmittelbare militärische Bedrohung für die USA (22.10.12). Dennoch werden militärische Überlegungen mit denen über Sicherheit gegenüber China verbunden: „[W]hen it comes to our military and Chinese security, part of the reason that we were able to pivot to the Asia-Pacific region after having ended the war in Iraq and transitioning out of Afghanistan, is precisely because this is going to be a massive growth area in the future“ (22.10.12).

China wird nicht explizit als Bedrohung genannt, jedoch wird auf den von Obama unternommenen „Schwenk“ nach Asien verwiesen. Die strategische Neujustierung und Verstärkung der Truppenpräsenz im Asien-Pazifik-Raum wurde demnach unternommen, um einen großen Anteil vom Wachstum dieser Region zu erlangen und zu verhindern, dass China zu viel Einfluss erhält, somit gefährlich werden könnte. Der *pivot to Asia* ist damit als strategische Positionierung gegenüber China zu deuten. China wird damit zu einem langfristigen Gegenspieler der USA erhoben. Dass zuerst die Anzahl der US-Truppen im Irak und Afghanistan reduziert werden musste, zeigt, dass das Engagement der USA im Asien-Pazifik-Raum nicht unerheblich sein wird, ergo China ein erhebliches Maß an militärischer „Aufmerksamkeit“ bedarf. Eine umfassende Stärkung der amerikanischen Präsenz ist daher notwendig, um China die Stirn zu bieten und US-Interessen zu schützen: „We’ve reasserted our power across the Pacific and stood up to China on behalf of our workers“ (06.09.12). Obama betont folglich, dass die USA weiterhin eine starke Präsenz in Asien haben werden: „[W]e’re also sending a very clear signal that America is a Pacific power, that we are going to have a presence there. We are working with countries in the

region to make sure, for example, that ships can pass through, that commerce continues. And we're organizing trade relations with countries other than China so that China starts feeling more pressure about meeting basic international standards. That's the kind of leadership we've shown in the region. That's the kind of leadership that we'll continue to show" (22.10.12).

China wird also als Akteur dargestellt, der den Handel in dieser Region stören könnte. Deswegen ist es Obamas selbstaufgelegte Aufgabe und Ausdruck amerikanischer Führungsstärke, China durch eine handelspolitische Einkreisung zum Einlenken zu bewegen. Andere Mittel wie diplomatische Konsultationen oder weitere internationale Verträge erscheinen damit ungeeignet.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass China von Obama als unfairer und rücksichtsloser Gegenspieler der USA konstruiert wird, dem entgegengetreten werden muss. Systematisch wird eine Differenz zwischen den sich korrekt verhaltenden USA und dem *cheater* China, der zudem noch seine eigenen BürgerInnen ausspioniert (16.10.12), aufgebaut. Problematisiert wird im Diskurs nicht nur der abstrakte Regelverstoß seitens Chinas, sondern vielmehr, dass dieser US-Interessen schädigt. China wird Verantwortung nicht nur für innenpolitische Probleme, sondern auch außenpolitische Krisen zugeschrieben. Insofern lautet die einzig „logische Konsequenz“ dieser Lesart, Chinas Aufstieg mit rechtlichen, politischen und ökonomischen Instrumenten zu überprüfen und – wo er die Vormachtstellung der USA bedrohen könnte – einzugrenzen. Aufbau von massivem Druck, Handelsklagen, Protektionismus, Truppenpräsenz in Asien – all dies sind die erforderlichen und legitimen Mittel, um die VR zu regelkonformem Verhalten zu nötigen. Selbstaufgelegte Handlungsimperative der USA zielen auf die Unterbindung von Regelverstößen der VR, wenn nicht sogar auf die Begrenzung chinesischer Macht. Ein allzu konzilientes Auftreten oder gar ein bedingungsloses Entgegenkommen der USA wäre angesichts der als rücksichtslos charakterisierten Machtpolitik Chinas nur kontraproduktiv und wird daher im Diskurs verworfen.

b) Der Chinadiskurs von Mitt Romney

Das von Mitt Romney vermittelte Chinabild lässt sich wie folgt nachzeichnen: Das aufstrebende China wird als Problem für die Vormachtstellung der USA dargestellt; diese Situation wird intensiviert durch massive Regelverletzungen seitens Chinas.

(1) „Rising China“ als Herausforderung für die Sicherheit und Vormachtstellung der USA

In den Reden Romneys wird China als eine der bedeutendsten, langfristigen Herausforderungen für die USA identifiziert (Romney 24.07.12). Als einen wichtigen Grund für diese Diagnose nennt Romney die steigende Auslandsverschuldung der USA bei China. Durch rhetorische Fragen wie „Does the America we want borrow a trillion dollars from China? No.“ (30.08.12) wird sowohl die Politik Obamas als auch die dadurch kreierte Abhängigkeit von China kritisiert. Diese wird fast schon konspirativ als ein Ausverkauf amerikanischer Interessen zugunsten der VR dargestellt: „When Americans rose up and demanded, 'Stop borrowing money and sticking our kids with the bill', the President wasn't listening. He was on the line with China, taking out another loan“ (15.06.12). Richtet sich diese Kritik zwar vornehmlich gegen Obama, der gegen den Willen der US-Bevölkerung handele, so stellt Romney nichtsdestotrotz eine permanente Verbindung zwischen der Schuldenaufnahme der USA und China als deren unmittelbarem Nutznießer heraus. Der entscheidende Faktor für die Anhäufung von Dollarreserven durch China – der chinesische Exportüberschuss – bleibt unerwähnt.

Zudem wird die VR als Profiteur von US-Arbeitsplatzverlagerungen identifiziert: „The place where we've seen manufacturing go has been China. China is now the largest manufacturer in the world. Used to be the United States of America“ (16.10.12). Den Grund für diese Entwicklung sieht Romney in der verfehlten Politik Obamas. So attestiert er dem Präsidenten beispielsweise, dessen Energiepolitik „will send energy and manufacturing jobs to China“ (30.8.2012). Damit wird einmal mehr suggeriert, Obama schade dem eigenen Land und spiele dem Gegner China in die Hände.

Werden Verschuldung bei und Arbeitsplatzverluste an China vor allem unter dem Aspekt des US-Wohlfahrtsverlustes beklagt, so tritt ein weiterer Aspekt hinzu. Das „Ermüden“ der Vereinigten Staaten und der damit verbundene Machtzuwachs der VR beeinträchtigen die Sicherheit der USA. So wird das Handelsdefizit zu China konsequent in die Liste militärischer und terroristischer Bedrohungen eingereiht: „I look at what's happening around the world and I see Iran four years closer to a bomb. [...] I see jihadists continuing to spread. [...] I see our trade deficit with China larger than it's – growing larger every year as a matter of fact. [...] I don't see our influence growing around the world“ (22.10.12).

Der schwindende internationale Einfluss der USA ist hier zwar nicht exklusiv, sehr wohl aber explizit mit dem wachsenden Handelsdefizit zu China verbunden. Das Narrativ des drohenden „Abstiegs“ der USA wird also mit dem des „Aufstiegs“

Chinas zusammengebracht. Die VR trete dementsprechend als aufstrebende Macht mehr und mehr als Störfaktor im nach amerikanischer Führung verlangenden, internationalen Staatensystem in Erscheinung: „There’s a longing for American leadership in the Middle East – and it’s not unique to that region. It’s broadly felt by America’s friends and allies in other parts of the world as well: [...] in Asia and across the Pacific, where China’s recent assertiveness is sending chills throughout that region“ (08.10.12).

Chinas Durchsetzungskraft wird hier als Gefahr für die Asien-Pazifik-Region dargestellt. Dem bedrohlichen Gebaren Chinas soll und muss daher durch *American leadership* entgegengetreten werden.

Für Romney befindet sich die Welt in einem gefährlichen Transformationsprozess, dem entgegengewirkt werden muss: „[E]merging powers seek to shape the world in their image – China with its model of authoritarianism and, in a very different way, Jihadists with Sharia, repression, and terror for the world“ (26.10.12). China wird also genauso wie „Terror verbreitende Dschihadisten“ explizit als eine Bedrohung für die Sicherheit und die Vormachtstellung der USA ausgemacht, weil es versucht, der freien Welt sein „Modell des Autoritarismus“ aufzuzwingen. Scheinbar offensichtliche Expansionsabsichten wurzeln für Romney folglich in dem autoritären Regierungsstil Beijings. Diese Charakterisierung Chinas als autoritärer Staat wird anschaulich ausgebreitet und fungiert als Kontrastfolie zum freien Amerika: „China is attentive to the interests of its government – but it too often disregards the rights of its people. It is selective in the freedoms it allows; and, as with its one-child policy, it can be ruthless in crushing the freedoms it denies“ (24.07.12).

Aus einer derartigen Beschreibung Chinas folgt zweierlei: Erstens schließt sie beinahe logisch aus, dass Beijing auf andere Staaten oder Akteure der internationalen Politik Rücksicht nehmen wird, denn selbst die eigene Bevölkerung werde unterdrückt. Zweitens erscheint aufgrund des autoritären Regimes ein wie auch immer geartetes Vorgehen der USA gegen die VR als gerechtfertigt und notwendig, da von China selbst keine Verhaltensanpassung erwartet werden kann.

Allerdings stellte sich im Lauf der Analyse heraus, dass Romney China zwar überwiegend, aber nicht in allen Reden als unzweifelhaften Risikofaktor konzipiert. So stellt er beispielsweise in der dritten TV Debatte fest: „China has an interest that’s very much like ours in one respect, and that is they want a stable world. They don’t want war. [...] They don’t want to see the – the world break out into – into various forms of chaos, because they have to [...] manufacture goods and put people to work. [...] So they want the economy to work and the world to be free and open“ (22.10.12).

Um diese Feststellung mit den vorherigen Beobachtungen zu vereinbaren, lässt sich zwischen den Interessen Chinas und den zur Erreichung dieser Ziele angewen-

deten Mitteln, also dem konkreten Verhalten der VR, unterscheiden. Ein Ziel, das auch mit US-Interessen kompatibel ist, sei Stabilität. Ein Konflikt der beiden Pazifikmächte ist daher nicht *notwendigerweise* vorgezeichnet. Romney betont: „[S]o we can be a partner with China. We don't have to be an adversary in any way, shape or form“ (22.10.12).

Er macht jedoch klar, dass eine etwaige Bereitschaft zu einer Partnerschaft einzig und allein auf einem machtpolitischen Kalkül beruht. Der chinesischer Wille zur Kooperation sei nicht genuin pazifistisch motiviert, sondern ergebe sich allenfalls aus der Einschätzung der Stärke der USA: „Now, they look at us and say, is it a good idea to be with America? How strong are we going to be? [...] They look at the fact that we owe them a trillion dollars. [...] They – they look at our – our decision to – to cut back on our military capabilities – a trillion dollars. [...] They look at America's commitments around the world and they see what's happening and they say, well, OK, is America going to be strong?“ (22.10.12).

Sind die USA stark, so wird impliziert, wird die VR die Strategie einer Partnerschaft wählen. Wenn die Vereinigten Staaten jedoch schwach erscheinen, ist eine solche Strategie zur Durchsetzung chinesischer Interessen gar nicht mehr notwendig. Es bestehen folglich erhebliche Zweifel am Kooperationswillen Chinas. Dieser kann vor dem Hintergrund des hier produzierten Narrativs allenfalls als eine taktische, zu misstrauender Geste gedeutet werden. Auch für Romney ergibt sich eine Partnerschaft nicht von sich aus, sondern deren Etablierung hängt allein vom Verhalten Chinas ab (22.10.12). Dass das Verhalten Chinas jedoch dem Bild einer den USA schadenden Macht entspricht, geht aus dem im Folgenden analysierten, eindeutig dominierenden Deutungsmuster hervor.

(2) China als rücksichtsloser Regelbrecher

Die detaillierte Charakterisierung Chinas als Regelbrecher (21.06.12) und „cheater“ (11.07.12) zieht sich systematisch durch die Reden Romneys. Das aufstrebende China falle nicht nur durch seine „unfair trade practices“ (17.09.12), sondern vor allem durch seine Währungsmanipulation auf. Durch die permanente Wiederholung von Aussagen wie „China has been a currency manipulator for years and years and years“ (22.10.12) erscheint „Manipulation“ geradezu als das jahrelange Erfolgsrezept der chinesischen Wirtschaft. Diese schade unmittelbar der US-Wirtschaft und sei verantwortlich für Exporteinbrüche und Arbeitsplatzverluste (22.10.12).

Das Handelsdefizit bezeichnet Romney sogar explizit als Manifestation eines sich vollziehenden Handelskriegs zwischen beiden Ländern: „[T]here's one [a trade war] going on right now that we don't know about. It's a silent one and they're winning.

We have an enormous trade imbalance with China. And it's worse this year than last year. And it was worse last year than the year before" (22.10.12). Durch die Bezugnahme auf diesen stillen Krieg, den Obama sich weigert aufzunehmen, wird ein einprägsames Bedrohungsszenario konstruiert: Denn wenn nichts gegen China unternommen wird, so wird sich die prekäre und zugleich zutiefst konflikthafte Situation zwangsweise weiter verschlechtern. Aus diesem Grund will Romney im Falle seiner Wahl die chinesische Währungspolitik auch offiziell verurteilen: „On day one, I will label China a currency manipulator“ (16.10.12).

Das unfaire Verhalten Chinas umfasst weitere, für die USA nicht zu tolerierende Handlungen: „They're stealing our intellectual property, our patents, our designs, our technology, hacking into our computers, counterfeiting our goods“ (22.10.12). Dieses kriminelle Vorgehen wird als bewusste, böswillige Strategie dargestellt (24.07.12). Jedes Mittel scheint „den Chinesen“ also Recht, um wirtschaftliche Vorteile zu erlangen und die USA um den gerechten Lohn ihrer Innovationskraft zu bringen. Wieder erscheinen illegale Mittel also als das einzige Erfolgsrezept der chinesischen Wirtschaft. Zudem wird das Bild eines *sich bereits vollziehenden* Angriffs Chinas auf die USA heraufbeschworen.

Da China als verbrecherisch und rücksichtslos charakterisiert wird, würde Passivität seitens der USA lediglich zu einer weiteren Verschärfung der bereits untragbaren Situation führen: „We have to understand that we can't just surrender and – and lose jobs year in and year out. We have to say to our friends in China, look, you guys are playing aggressively, we understand it, but – but this can't keep on going. [...] I want a great relationship with China. [...] But – but that doesn't mean they can just roll all over us and steal our jobs on an unfair basis“ (22.10.12).

Wird nichts unternommen, so wird das „aggressive“ China „uns“ überrollen und „unsere“ Jobs stehlen. Selbst wenn dies verhindert werden könnte, ist es dem Diskurs Romneys nach nicht anzuzweifeln, dass China genau diese *Intention* hegt. Das Ausbleiben einer US-Reaktion auf dieses Vorgehen käme daher einer „Kapitulati-on“ gleich. Es besteht folglich ein Handlungsimperativ für die USA, dieser Gefahr entgegenzuwirken. Ein allzu konziliantes, gar rücksichtsvolles Auftreten gegenüber China wäre nicht nur kontraproduktiv, sondern angesichts dieser „Sachlage“ gar nicht erst denkbar.

Da keinerlei Entgegenkommen von China erwartet werden kann, sieht Romney die einzige Möglichkeit in einem harten Durchgreifen. Immer wieder betont er entschlossen: „I'll crack down on China“ (16.10.12). Welche spezifischen Maßnahmen jedoch damit verbunden sind, wird offen gelassen. Insofern dient die Dämonisierung Chinas als vorbereitende Legitimierung für noch nicht weiter spezifizierte, zukünftige Aktionen. Die „Evidenz“ des Regelbruchs könnte anschließend bei einer Viel-

zahl von möglichen Streitthemen instrumentalisiert werden, denn sofern insgesamt die Meinung vorherrscht, dass es sich bei China generell um einen Regelbrecher handelt, so erscheint es dann auch plausibel, dass die VR gegen internationales Recht jeglicher Art verstößt. Es wird hier somit ein breites Feld an Interpretationsmöglichkeiten geschaffen und zukünftige Aussagen werden insofern vorstrukturiert, als die Behauptung, China *halte sich* an internationale Regeln, nur schwer anschlussfähig ist.

Ein hartes Vorgehen scheint erforderlich und auch gerechtfertigt, denn weder bilaterale Verhandlungen noch Schiedsverfahren oder die Setzung internationaler Regeln sind vor dem Hintergrund des konstruierten Chinabildes zweckdienlich. Nur mithilfe einer Neujustierung der US-Chinapolitik und einer konfrontativen Politik des „Bestrafens“ (16.10.12) kann das die USA schadende Verhalten Chinas eingedämmt werden. Vollzieht sich in der Gegenwart aufgrund des chinesischen Betragens bereits ein Handelskonflikt, so sollte dieser durch entschlossenes Vorgehen der USA offen zu deren Gunsten ausgetragen werden, damit Handel „endlich wieder“ den USA zu Gute kommt (02.11.12).

Insofern wird der VR eine einfache Nachricht übermittelt: Unterordnung durch Verhaltensanpassung oder Inkaufnahme eines *crack down*.

c) Die Chinabilder von Obama und Romney im Vergleich

Von beiden Kandidaten wird China als ein unfairer Gegenspieler der USA konstruiert. Die Diagnose Romneys unterscheidet sich dabei jedoch von der Obamas in der Wahl einer aggressiveren Sprache und der stärkeren Mobilisierung des Deutungsmusters von China als eine die USA bedrohende, rücksichtslose Macht. Dadurch wird die VR umso mehr als Gefahr für die Sicherheit der USA ausgemacht. Noch stärker wird damit die „Notwendigkeit“ suggeriert, China schnell und entschlossen entgegentreten zu müssen. Ebenfalls wird somit eine Partnerschaft beider Länder in Romneys Diskurs noch kategorischer ausgeschlossen.

Beide Kandidaten nehmen Bezug auf China, um tatsächliche oder vermeintliche Politikvorschläge des jeweiligen Gegners wie beispielsweise eine Kürzung des Bildungs- (Romney) bzw. Militärbudgets (Obama) zu diskreditieren. Der Verweis auf das Verhalten Chinas erfüllt für beide zudem eine weitere Funktion. Er dient Obama dazu, sein außenpolitisches Handeln während der ersten Amtszeit als entschlossen und erfolgreich darzustellen. Für Romney hingegen ist der Machtzuwachs Chinas ein Beweis für das Versagen von Obamas Politik. Der republikanische Kandidat nutzt das Beispiel China dazu, sich als „starker Mann“ zu präsentieren, der auch als Präsident nicht davor zurückschrecken wird, entgegen diplomatischer Gepflogen-

heiten konfrontativ zu agieren. Grundet sich für Romney die Wettbewerbsfähigkeit Chinas einzig und allein auf das unfaire Verhalten der VR, so verweist Obama hingegen neben chinesischen Regelverstößen zusätzlich auf die Errungenschaften chinesischer Technologie sowie die vorausschauende Investitionspolitik.

Obleich dieser Unterschiede zeichnen beide Kandidaten jedoch ein weitgehend übereinstimmendes Bild von China. Die negative Darstellung der VR ist in beiden Fällen viel weitreichender als die eines aufstrebenden Konkurrenten: China oder „die Chinesen“ verstoßen systematisch gegen internationales Recht und schaden damit nicht nur dem amerikanischen Staat und seiner Sicherheit, sondern direkt dem Wohlbefinden der US-Bürger. Auf diese Weise wird China von beiden zum Konkurrenten und Sündenbock für die sich in Arbeitslosigkeit und Exporteinbrüchen manifestierende ökonomische Malaise der USA „objektiviert“.

Da das auf den eigenen Vorteil bedachte, rücksichtslose China sich von allein nicht an bestehende Regeln halten wird, besteht für beide Kandidaten ein Handlungsimperativ. Zudem, so suggerieren die Verweise auf das autoritäre Regierungssystem Chinas, können die USA China nicht trauen. Betont der Herausforderer Romney die Notwendigkeit eines *crack down*, so drückt sich der amtierende Präsident nuancierter aus und verweist auf einen konsequenten Aufbau von „Druck“.

Eine bedingungslose Kooperation oder Rücksichtnahme auf Beijings Interessen wird von beiden verworfen, strafende Maßnahmen damit zumindest diskursiv ermöglicht. Insgesamt wird China mehr als Paria des internationalen Systems denn als *responsible stakeholder* dargestellt. Diese eindeutige Feststellung wirkt sich insofern auf die Formulierung zukünftiger Politiken aus, als sie „logisch“ erscheinende Begründungsmuster für die Einnahme einer konfrontativen Position gegenüber China liefert.

5. Schlussbetrachtung

China wurde im US-Präsidentschaftswahlkampf 2012 systematisch als bedrohliche Herausforderung für die USA dargestellt. Ganz gleich welche Beweggründe beide Kandidaten für die Mobilisierung solch einer Strategie des *China bashing* hatten, verdichteten sich diverse Attribuierungen komplementär zu einem elaborierten Chinabild, das die VR eindeutig zu *dem* langfristigen, unfairen Gegner der USA macht. Damit reiht es sich nahtlos in bereits vorhandene Deutungsmuster der *China threat*-Literatur ein und entbehrt gerade jener Selbstreflexion, die von gemäßigten Beobachtern angemahnt wird (z. B. Nye 2006). Obwohl dieses Chinabild wie jedes noch so hegemoniale Deutungsmuster in höchstem Maße kontingent ist (Nabers 2009: 210), besteht die Möglichkeit, dass es für eine gewisse Zeit weiter vorherr-

schen wird. Dadurch werden Aussagen, die auf ein hartes Vorgehen gegen China pochen, auch nach dem Wahlkampf zumindest anschlussfähig sein. Entsprechende außenpolitische Maßnahmen sind damit zwar keinesfalls vorprogrammiert, widersprechen jedoch nicht dem im Wahlkampf produzierten Narrativ von der agonalen Natur der chinesisch-amerikanischen Beziehungen.

Für die Durchführung einer solchen Diskursanalyse bietet das verwendete Verfahren der *Grounded Theory* erhebliche Vorzüge. Besonders im Zuge der Verortung jeder einzelnen Passage im gesamten analysierten Material konnten vermeintliche Widersprüche – etwa Romneys Äußerungen in Bezug auf eine potenzielle Partnerschaft der USA mit China – ausgeräumt und unterschiedliche Erklärungen ihrer Plausibilität gegeneinander abgewogen werden. Diese konstante Kohärenzprüfung trägt wesentlich zur „Validität“ einer immer auch auf subjektiven Interpretationen aufbauenden Forschung bei (Roos 2010: 98).

Auch die Analyse des Wahlkampfes ist in Bezug auf die Erforschung diskursiver Ermöglichung von Außenpolitik von höchstem Interesse. Wird zwar immer wieder betont, dass Politiker bei der Formulierung von Außenpolitik die in der Wählerschaft prävalenten Repräsentationen berücksichtigen müssen (z. B. Hansen 2006: 7) oder sogar, dass die Interaktionen zwischen ihnen und der Wählerschaft über Erfolg oder Scheitern etwaiger Maßnahmen bestimmen (Holland 2013: 55), so ist der Wahlkampf als solcher jedoch bisher meist nicht ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt worden.

Allgemein erscheint die Analyse von außenpolitischen Diskursen als gewinnbringendes *supplément*, da sie vorherrschende Deutungsmuster und deren (Dis-)Kontinuität aufzeigen kann. So weist etwa die Warnung vor Japan Ende der 1980er Jahre erstaunliche Parallelen zum Diskurs über China im US-Präsidentenwahlkampf 2012 auf: „[T]he analyses associated with this latest round of threat perception reject the notion that Japan is playing by the same rules as other developed trading nations. [...] The revisionist interpretation of Japan is predicated on the assumption that Japan *is* different“ (Campbell 1992: 226). Diese Feststellung legt zum einen nahe, dass bestimmte Muster in der Funktionsweise außenpolitischer Diskurse wiederkehren können, zum anderen jedoch auch, dass Diskurse gewisse Politiken oder Konflikte ermöglichen können, sie aber keinesfalls determinieren. Obgleich sie sich mit dem Vorwurf der mehr oder weniger begründeten Spekulation konfrontiert sähe, wäre eine weitere Erforschung von Deutungsmustern in der internationalen Politik dennoch lohnend, da diese für aktuelle Problemstellungen diskursive Schließungen nachzeichnen und folglich Tendenzen aufzeigen, Kritik ermöglichen sowie alternative Handlungsmöglichkeiten darlegen könnte.

So ist auch eine Untersuchung von Diskursen gerade in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen nicht nur von rein wissenschaftlichem, sondern genuin praktischem Interesse: „With regional stability, prosperity and even world peace at stake, there is now an urgent, practical need to understand how the various strains of representation and discourse pervade and condition this critical and complex relationship“ (Pan 2012: viii). Eine solche Herangehensweise würde sich daher auch nicht mit dem Verweis auf die durch materielle Faktoren bedingte „Wahrscheinlichkeit“ der Herausbildung einer Gegnerschaft zwischen den USA und China begnügen, sondern die Funktionsweise eben solcher Diskurse mit in die Analyse einbeziehen.

Literatur

- Al-Rodhan, Khalid R.*, 2007: A Critique of the China Threat Theory: A Systematic Analysis, *Asian Perspective* 31 (3), 41-66.
- Ashley, Richard K.*, 1984: The Poverty of Neorealism, *IO* 38 (2), 225-286.
- Baumann, Rainer*, 2006: Der Wandel des deutschen Multilateralismus. Eine diskursanalytische Untersuchung deutscher Außenpolitik, Baden-Baden (1. Aufl.).
- Bernstein, Richard/Munro, Ross H.*, 1997: The Coming Conflict with America, *Foreign Affairs* 76 (2), 18-32.
- Brezinski, Zbigniew*, 2005: Clash of the Titans, *Foreign Policy* (146), 46-50.
- Campbell, David*, 1992: Writing security. United States foreign policy and the politics of identity, Manchester.
- Campbell, David*, 1993: Politics without principle. Sovereignty, ethics, and the narratives of the Gulf War, Boulder, Colorado.
- Campbell, David*, 2007: Poststructuralism, in: Tim Dunne/Milja Kurke/Steve Smith (Hrsg.), *International relations theories. Discipline and diversity*, Oxford/New York, 203-228.
- Corbin, Juliet M./Strauss, Anselm L.*, 2008: Basics of qualitative research. Techniques and procedures for developing grounded theory, Los Angeles (3. Aufl.).
- Dalby, Simon*, 1990: Creating the second cold war. The discourse of politics, London/New York.
- De Vries, Tity*, 2012: The 1967 Central Intelligence Agency Scandal. Catalyst in a Transforming Relationship between State and People, *Journal of American History* 98 (4), 1075-1092.
- Debrix, François*, 2002: Language as Criticism: Assessing the Merits of Speech Acts and Discursive Formations in International Relations, *New Political Science* 24 (2), 201-219.

- Der Derian, James/Shapiro, Michael J.*, 1989: International/Intertextual Relations. Postmodern Readings of World Politics, Lexington, MA.
- Dörner, Andreas/Vogt, Ludgera*, 2002: Der Wahlkampf als Ritual. Zur Inszenierung der Demokratie in der Multioptionsgesellschaft, APuZ B 15-16, 15-22.
- Doty, Roxanne L.*, 1993: Foreign Policy as Social Construction. A Post-Positivist Analysis of U.S. Counterinsurgency Policy in the Philippines, International Studies Quarterly 37 (3), 297-320.
- Edelman, Murray*, 1976: Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt a. M./New York.
- Epstein, Charlotte*, 2010: Who speaks? Discourse, the subject and the study of identity in international politics, EJIR 17 (2), 327-350.
- Foucault, Michel*, 1980: Power/knowledge. Selected interviews and other writings, 1972-1977, New York.
- Foucault, Michel*, 1981: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt a. M.
- Foucault, Michel*, 1997: Archäologie des Wissens, Frankfurt a. M.
- Friedberg, Aaron L.*, 2005: The Future of U.S.-China Relations. Is Conflict Inevitable?, International Security 30 (2), 7-45.
- Friedberg, Aaron L.*, 2011: A contest for supremacy. China, America, and the struggle for mastery in Asia, New York.
- George, Jim*, 1994: Discourses of global politics. A critical (re)introduction to international relations, Boulder, Colorado.
- Hansen, Lene*, 1997: A Case for Seduction?: Evaluating the Poststructuralist Conceptualization of Security, Cooperation and Conflict 32 (4), 369-397.
- Hansen, Lene*, 2006: Security as practice: discourse analysis and the Bosnian war, New York.
- Hansen, Lene*, 2011: Poststructuralism, in: John Baylis/Steve Smith/Patricia Owens (Hrsg.), The Globalization of World Politics, New York/Oxford (5th edition), 166-178.
- Hays Gries, Peter*, 2007: Harmony, Hegemony & US-China Relations, World Literature Today 81 (4), 44-47.
- Herborth, Benjamin*, 2010: Rekonstruktive Forschungslogik, in: Carlo Masala/Frank Sauer/Andreas Wilhelm (Hrsg.), Handbuch der Internationalen Politik, Wiesbaden (1. Aufl.), 265-284.
- Holland, Jack*, 2010: Howard's War on Terror: A Conceivable, Communicable and Coercive Foreign Policy Discourse, Australian Journal of Political Science 45 (4), 643-661.

- Holland, Jack*, 2013: Foreign policy and political possibility, *European Journal of International Relations* 19 (1), 49-68.
- Ikenberry, G. John*, 2008: The Rise of China and the Future of the West, *Foreign Affairs* 87 (1), 23-37.
- Keller, Reiner*, 2011: Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, Wiesbaden (4. Aufl.).
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal*, 2000: Hegemonie und radikale Demokratie: Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien.
- Mearsheimer, John J.*, 2001: The tragedy of Great Power politics, New York.
- Mearsheimer, John J.*, 2004: Why China's Rise Will Not Be Peaceful, Unpublished manuscript, <http://mearsheimer.uchicago.edu/pdfs/A0034b.pdf>, (Stand: 03.02.14).
- Mearsheimer, John J.*, 2005: Clash of the Titans, *Foreign Policy* (146), 46-50.
- Mey, Günter/Mruck, Katja*, 2011: Grounded-Theory-Methodologie. Entwicklung, Stand, Perspektiven, in: Günter Mey/Katja Mruck (Hrsg.), *Grounded Theory Reader*, Wiesbaden, 11-48.
- Milliken, Jennifer*, 1999: The Study of Discourse in International Relations. A Critique of Research and Methods, *EJIR* 5 (2), 225-254.
- Nabers, Dirk*, 2009: Filling the Void of Meaning. Identity Construction in U.S. Foreign Policy After September 11, 2001, *Foreign Policy Analysis* 5 (2), 191-214.
- Nonhoff, Martin*, 2011: Konstruktivistisch-pragmatische Methodik. Ein Plädoyer für die Diskursanalyse, *ZIB* 18 (2), 91-107.
- Nonhoff, Martin*, 2007: Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie – Einleitung, in: Martin Nonhoff (Hrsg.), *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld, 7-24.
- Nye, Joseph S.*, 1995: The Case for Deep Engagement, *Foreign Affairs* 74 (4), 90-102.
- Nye, Joseph S.*, 2006: The Challenge of China, in: Steven Van Evera (Hrsg.), *How to make America Safe*, http://www.tobinproject.org/sites/tobinproject.org/files/assets/Make_America_Safe_The_Challenge_Of_China.pdf (Stand: 03.02.14), 73-78.
- Pan, Chengxin*, 2004: The “China Threat” in American Self-Imagination. The Discursive Construction of Other as Power Politics, *Alternatives* 29 (3), 305-331.
- Pan, Chengxin*, 2012: Knowledge, Desire and Power in Global Politics. Western Representations of China's Rise, Cheltenham/Northampton.
- Roos, Ulrich*, 2010: Deutsche Außenpolitik. Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln, Wiesbaden (1. Aufl.).

- Roos, Ulrich*, 2012: Deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung. Zwischen ernüchtertem Idealismus und realpolitischem Weltordnungsstreben, ZIB (2/2012), 7-40.
- Ross, Robert S.*, 2005: Assessing the China Threat, National Interest (81), 81-87.
- Roy, Denny*, 2013: More Security for Rising China, Less for Others?, AsiaPacific Issues (106), 1-8.
- Sarcinelli, Ulrich*, 1987: Symbolische Politik. Zur Bedeutung symbolischen Handelns in der Wahlkampfkommunikation der Bundesrepublik Deutschland, Op-laden.
- Shambaugh, David*, 2003: Imagining Demons. The rise of negative imagery in US-China relations, Journal of Contemporary China 12 (35), 235-237.
- Shambaugh, David*, 2011: Introduction. Whither China?, in: David Shambaugh (Hrsg.), Charting China's future, New York u. a., 1-13.
- Sjöstedt, Roxanne*, 2007: The Discursive Origins of a Doctrine. Foreign Policy Analysis 3 (3), 233-254.
- Stritzel, Holger*, 2012: Securitization, power, intertextuality. Discourse theory and the translations of organized crime, Security Dialogue 43 (6), 549-567.
- Waever, Ole*, 2001: Identity, communities and foreign policy. Discourse analysis as foreign policy theory, in: Lene Hansen/Ole Waever (Hrsg.), European integration and national identity, London/New York, 20-49.
- Waever, Ole/Buzan, Barry/De Wilde, Jaap*, 1998: Security. A New Framework for Analysis, Boulder, Colorado.
- Warner, Geoffrey*, 2011: Leaving Vietnam. Nixon, Kissinger and Ford, 1969-1975. Part one, International Affairs 87 (6), 1485-1506.
- Wendt, Alexander*, 1992: Anarchy is what States Make of it: The Social Construction of Power Politics, IO 46 (2), 391-425.

Korrespondenzanschrift:

Matthias Keil, B.A.

Student im Doppelmaster „Politikwissenschaft – Affaires Internationales“ (FU Berlin und Sciences Po Paris)

Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

Innestraße 22

14195 Berlin

E-Mail: matthias.keil@sciencespo.fr

Elektronischer Anhang:

Ein Verzeichnis aller analysierten Wahlkampfreden sowie eine Aufstellung aller angefertigten Memos findet sich unter <https://sciences-po.academia.edu/MatthiasKeil>. Das Kennwort für die Dokumente lautet: usachina.